

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	55. Plenarsitzung Gemeinderat
FDP/Aufbruch-Gemeinderatsfraktion	Termin:	18.11.2008
vom: 08.10.2008	Vorlage Nr.:	1574
eingegangen: 09.10.2008	TOP:	14
	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 2
Ausweitung der "Brötchentaste" an Parkuhren auf das gesamte Stadtgebiet		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung empfiehlt die bisherige Regelung aus

- monetären
- wirtschaftlichen und
- ökologischen

Gesichtspunkten zu belassen und die „Brötchentaste“ nicht weiter im Stadtgebiet auszudehnen.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
jährlich geschätzte Mindereinnahmen von rd. 950 000 €					
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Die Brötchentaste wird derzeit in Mühlburg und Durlach praktiziert. D. h., das Parken an Parkscheinautomaten ist in den ersten 30 Minuten kostenlos. Bei den Autofahrern und den Geschäftsleuten ist diese Regelung beliebt. Eine weitere Ausdehnung auf das Stadtgebiet, beschränkt auf 15 Minuten, wird als sehr kritisch gesehen und sollte nicht realisiert werden.

Das Parkverhalten in den B-Zentren hat sich seit Einführung der Brötchentaste stark verändert. Der Nutzungsgrad der Brötchentaste an insgesamt 39 Parkscheinautomaten (PSA) lag in

- Durlach bei 62,6 %, 25 PSA und in
- Mühlburg bei 79,6 %, 14 PSA.

Insgesamt war ein Rückgang an zahlenden Kunden zu verzeichnen. Der Gesamteinnahmeverlust betrug in einem Jahr 180.000 €. Aus den bisherigen Erfahrungen können Schlüsse auf das zukünftige Parkverhalten nach Einführung eines flächenhaften Gratisparkens gezogen werden. Unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungen (Parkdauerbuchungen) in der Tarifnutzung wird mit einem weiteren jährlichen Einnahmeverlust von ca. 950 .000 € zu rechnen sein.

Legt man den bisherigen Mehrverbrauch von 60 % an Ticketrollen zu Grunde, entstehen zusätzlich ca. 7.000 € Mehrkosten für Papier pro Jahr. Die Umrüstkosten (Programmierung/neue Tarifschilder) sind in Summe mit ca. 25.000 € zu veranschlagen.

Der bisherige Vorteil der B-Zentren, zusätzliche Kunden anzuziehen, wird mit der beantragten Regelung verloren gehen; selbst wenn in den B-Zentren weiterhin 30 Minuten kostenfreie Parkzeit angeboten wird.

Der Belegungsgrad der derzeit bewirtschafteten Parkplätze weist in der Innenstadt in der Regel freie Plätze aus. Beim Gratisparken wird der Belegungsgrad auch zu Lasten der Parkhäuser steigen und demzufolge ist mit einem erheblichen Zuwachs an Parksuchverkehr zu rechnen. Dem eiligen Kunden einer Kurzbesorgung ist damit aber nicht gedient. Der nicht zu verhindernde Missbrauch wird die Umschlaghäufigkeit der Parkplätze mindern.

Im Übrigen ist die Zielsetzung des Handels eher die Kunden für längere Zeit in der Innenstadt zu halten. Nur dann können auch entsprechend größere Einkäufe getätigt werden. Anreize für Kurzzeitparken werden bereits vielfach für die erste Stunde in den Parkhäusern gewährt.

Die Verbilligung des knappen Parkraums macht die Nutzung des Pkws attraktiver und steht damit dem erklärten gesamtstädtischen Ziel entgegen, möglichst viel Verkehr auf den ÖPNV zu verlagern. Zusätzliche, nicht gewollte Anreize zur Nutzung des Autos für kurze Wege würden geschaffen.

Dem gegenüber stehen die verkehrsbedingten Luft- und Lärmbelastigungen, insbesondere in den inneren Stadtbereichen, die zu aufwendigen und unpopulären Maßnahmen, wie Fahrverbote für bestimmte Fahrzeuggruppen, Anlass geben.

Unter Berücksichtigung all dieser Ausführungen kann die Verwaltung die Einführung des kostenlosen Parkens in der Innenstadt für 15 Minuten nicht befürworten.